

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 335-2013
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2013.1574

Eingereicht am: 27.11.2013

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Blaser (Steffisburg, SP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 22

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Berufsbildungsfeindliche Praktikumskultur an Kindertagesstätten!

In der Antwort auf die Interpellation 021-2013 mit dem gleichen Titel hat der Regierungsrat aufgezeigt, dass für den Einstieg in die Grundbildung Fachfrauen/Fachmänner Betreuung mit Fachrichtung Kinderbetreuung in Kindertagesstätten (KITAS) lange Praktika üblich sind. Dies widerspricht der Forderung, dass der Einstieg in die Grundbildung unmittelbar im Anschluss an die Volksschule erfolgen soll.

Deshalb wird der Regierungsrat beauftragt:

Die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, dass der Einstieg in die Grundbildung Fachfrauen/Fachmänner Betreuung mit Fachrichtung Kinderbetreuung in KITAS in der Regel direkt nach Abschluss der Volksschule erfolgt.

Begründung:

In der Antwort auf die Interpellation «Berufsbildungsfeindliche Praktikumskultur an Kindertagesstätten?» hat der Regierungsrat die Frage «Wie viele absolvieren ein Praktikum von einem Jahr (a), zwei Jahren (b), mehr als zwei Jahren (c)?» wie folgt beantwortet:

- a. 2011 haben sechs Jugendliche ein Praktikum von sechs Monaten und 91 Jugendliche ein Praktikum von einem Jahr absolviert. 2012 waren es vier Jugendliche mit einem 6-monatigen Praktikum und 107 Jugendliche mit einem einjährigen Praktikum.
- b. 2011 haben acht Jugendliche ein eineinhalbjähriges Praktikum und 43 Jugendliche ein zweijähriges Praktikum absolviert.
- c. Ein mehr als zweijähriges Praktikum haben 2011 elf Personen und 2012 14 Personen durchlaufen müssen, bis sie eine Lehrstelle erhalten haben.

In der Antwort steht ebenfalls: «Der Regierungsrat wird in den nächsten Jahren die Entwicklung beobachten und falls notwendig weitere Massnahmen prüfen.» Diese passive Haltung wird nicht akzeptiert. Der Regierungsrat wird aufgefordert, dass dieser unbefriedigende Zustand unmittelbar beseitigt wird.